

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Maßnahmen zur Erreichung fairer Milchpreise

eingbracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2009 gemäß § 9 LWG 1992 (III-5/152 d.B.)

In ganz Europa sinken aufgrund der Erhöhung der Milchquote die Milchpreise dramatisch. Zig-tausende Bäuerinnen und Bauern stehen vor der Entscheidung, ihre Höftüren für immer schließen zu müssen. Durch Demonstrationen und Appelle machen sie auf die verheerende Situation der Milchwirtschaftsbetriebe aufmerksam und fordern eine flexible Mengenregulierung. Sie wollen das produzieren, was der Markt benötigt, nicht mehr und nicht weniger.

Wenn die bäuerlichen Milchbetriebe zugunsten von agroindustriellen Betrieben aufgeben müssen, dann entfällt auch die für das Tourismusland Österreich so bedeutsame Pflege der Kulturlandschaft und die Bäuerinnen und Bauern treffen auf einen angespannten Arbeitsmarkt. Während in anderen Bereichen Konjunkturpakete zur Erhaltung von Arbeitsplätzen geschnürt werden, werden durch die ruinösen Folgen der EU- und österreichischen Milchmarktpolitik im ländlichen Raum Arbeitsplätze vernichtet.

Bauernbundpräsident Grillitsch hat am 29. April 2009 anlässlich einer Petitionsübergabe an Nationalratspräsidentin Prammer das Versprechen abgegeben, die Milchmarktordnung zu ändern und unter Einbindung der anderen Fraktionen einen entsprechenden Initiativantrag vorzubereiten. Wird der nationale Spielraum bei der Milchmarktsteuerung nun nicht genutzt und darüber hinaus die EU-Regelung nicht ausreichend korrigiert, so droht ein massiver Verlust von Milchbetrieben mit den dramatischen Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation in den mit der Milchwirtschaft verbundenen Wirtschaftsbereichen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. dem Nationalrat eine Gesetzesvorlage für eine wirksame Milchmengen-Steuerung zur Erreichung fairer und kostendeckender Erzeugermilchpreise zuzuleiten sowie
2. auf EU-Ebene dafür einzutreten, dass die Forderungen des European Milk Board (EMB) umgesetzt werden.